



PL

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN**

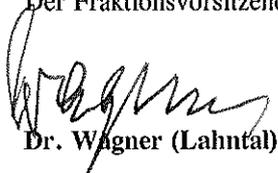
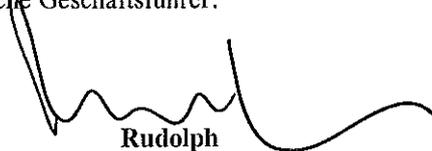
### **betreffend Menschenrechte in Russland sicherstellen**

1. Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Ihre Einhaltung ist ethisches Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes. Das intensive Bemühen für die Implementierung und die Wahrung der Menschenrechte ist damit Ziel des Hessischen Landtags.
2. Russland ist für unser Bundesland ein wichtiger Partner von besonderer Bedeutung. Dies zeigt sich auch in der guten Partnerschaft mit Hessens Partnerregion Jaroslawl, aber auch in vielen anderen Verbindungen, nicht zuletzt den unzähligen kommunalen Partnerschaften.
3. Jüngste innenpolitische Entwicklungen in Russland sind Anlass zur Sorge. Dies betrifft den Umgang mit homosexuellen Menschen in Russland ebenso wie zahlreiche Gesetze, die gegen die Opposition und die Zivilgesellschaft gerichtet sind und rechtsstaatlich fragwürdig geführte juristische Verfahren. Der Landtag beobachtet mit Sorge Entwicklungen, die auf eine weitere Abkehr des Landes von den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hindeuten.
4. Daher kritisiert der Landtag auch das durch die Duma am 11. Juni 2013 beschlossene „Gesetzes gegen Homosexuellen-Propaganda“ und nimmt mit großer Sorge die Nachrichten über die Eskalation der Gewalt gegenüber Homosexuellen in Russland zur Kenntnis, die in Folge der Verabschiedung weiter zugenommen hat.
5. Der Landtag nimmt mit Sorge die Umstände der Absetzung des im vergangenen Jahr direkt gewählten Bürgermeisters der Stadt Jaroslawl, Jewgenij Urtaschow, zur Kenntnis.
6. Der Landtag hofft, dass Russland – gerade auch im Hinblick auf seine Rolle als Gastgeber der Olympischen Spiele in Sotschi 2014 und der Fußballweltmeisterschaft 2018 – eine baldige Rückkehr zu den Grundlagen der Europäischen Menschenrechtskonvention gelingt. Demokratie zeichnet sich durch die Achtung und den Respekt der Meinung Andersdenkender genauso aus wie durch den Schutz gesellschaftlicher Minderheiten.
7. Der Landtag setzt sich daher dafür ein, eine umfassende Modernisierungspartnerschaft mit Russland weiter zu entwickeln. Weit über eine wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit hinaus setzt er dabei auf die Förderung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, bürgerliches Engagement und das Wachsen einer breiten Mittelschicht. Ein solcher umfassender Modernisierungsansatz würde die Kooperationsmöglichkeiten in allen Feldern der beiderseitigen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil erweitern. In diesem Sinne sehen wir auch die Regionalpartnerschaft mit Jaroslawl.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. August 2013

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
Dr. Wagner (Lahntal)Für die Fraktion der SPD  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
RudolphFür die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
GreilichFür die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
Al-Wazir